



Zentrum Innere Führung



Karl-Theodor-Molinari-Stiftung  
Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes



Freundeskreis  
Zentrum Innere Führung

# 3. Kolloquium

zum Thema:

**Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit,  
ihre Soldaten den Risiken im internationalen  
Bereich auszusetzen?**

am

**01. Oktober 2009**

**Ergebniszusammenfassung**

## Inhaltsverzeichnis

Deckblatt	Seite 1
Inhaltsverzeichnis	Seite 2
1. Begrüßung und Einführung Generalmajor a. D. Hans-Christian Beck, Vorsitzender Freundeskreis Zentrum Innere Führung e.V.	Seite 3
2. Impulse	
- Brigadegeneral Alois Bach Kommandeur Zentrum Innere Führung	Seite 6
- Oberst Ulrich Kirsch, Bundesvorsitzender Deutscher BundeswehrVerband	Seite 9
- Wehrbeauftragter Reinhold Robbe, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	Seite 11
3. Vortrag I: Dr. Klaus Naumann, Hamburger Institut für Sozialforschung <u>Thema:</u> Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?	Seite 13
4. Vortrag II: Prof. Dr. Günther Schmid, Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Internationale Politik <u>Thema:</u> Globale und regionale sicherheitspolitische Risiken und Herausforderungen für die Bundeswehr im 21. Jahrhundert	Seite 20
5. Panel:	Seite 22
Ernst- Reinhard Beck, MdB, CDU Elke Hoff, MdB, FDP Winfried Nachtwei, MdB, Bündnis 90/Die Grünen Paul Schäfer, MdB, Die LINKE	
Moderator: Herr Rolf Clement, Deutschlandfunk, Mitglied der Chef- Redaktion und Korrespondent für Sicherheitspolitik	
6. Schlussworte Generalmajor Hans-Christian Beck, Vorsitzender Freundeskreis Zentrum Innere Führung e.V.	Seite 25

**1. Begrüßung und Einführung** in das Kolloquium durch  
**Generalmajor a.D. Hans-Christian Beck**  
 Vorsitzender Freundeskreis Zentrum Innere Führung e.V.



Wie kamen wir zur Formulierung des Themas?

Das Thema wurde durch den Kommandeur Zentrum Innere Führung mit seinen Bereichsleitern, Dozenten und Lehrstabsoffizieren so formuliert, da viele Fragen dazu in Seminaren und Lehrgängen gestellt werden. Das Dozentenpersonal und die Lehrstabsoffiziere stehen an der geistigen Front und müssen Rede und Antwort geben.

Der Vorstand Freundeskreis Zentrum Innere Führung, das Zentrum und die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung fassten den Beschluss, das Thema aufzugreifen, ohne im Frühjahr 2009 zu ahnen, dass das Thema im Laufe des Jahres immer aktueller wurde.

Wie wollen wir das Thema behandeln?

Zwei Vorträge mit Aussprache:

- „Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?“ (Dr. Klaus Naumann),
- „Globale und Regionale Sicherheitsrisiken und Herausforderungen für die Bundeswehr im 21. Jahrhundert“ (Prof. Dr. Günther Schmid).

Mittagspause

Panel mit den im Bundestag vertretenen Parteien (MdB Elke Hoff, Verteidigungsausschuss, FDP; MdB Ernst-Reinhard Beck, Verteidigungsausschuss, CDU; MdB Winfried Nachtwei, Verteidigungsausschuss, Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik, Bündnis 90/Die Grünen; MdB Paul Schäfer, Verteidigungsausschuss, DIE LINKE ) mit viel Zeit für Fragen und Aussprache unter der Moderation von Rolf Clement, Deutschlandfunk, Mitglied der Chefredaktion und Korrespondent für Sicherheitspolitik.

Clausewitz spricht von der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ – den drei Seiten (tripolaren Kraftlinien ) im Kriege ( auch anwendbar für Krise und Konflikt):

... „ die erste dieser drei Säulen ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet“ (Hahlweg, Clausewitz, S. 213).

Diese drei Seiten sollen in ihrem Verhältnis (Politik, Streitkräfte und Gesellschaft) zueinander stimmig sein, wenn die politische Zielbestimmung mit Leistungsfähigkeit und Motivation der Streitkräfte sowie mit der Akzeptanz in der Gesellschaft in einem balancierten Spannungsfeld liegen soll. Oder: Weil ein breiter gesellschaftlicher Diskurs, politischer Wille und zweckrationaler Einsatz der Streitkräfte einander bedingen!

... „ Die Leidenschaften, welche im Kriege entbrennen sollen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Mutes und Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten des Zufalls bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherrn und des Heeres ab, die politischen Zwecke aber gehören der Regierung allein“ (ebd. S. 213).

Diese drei Clausewitz'schen Seiten finden sich: im Leitbild und in der Integrationsfigur des „Staatsbürgers in Uniform“ und in unserer Führungskultur, -philosophie der „Konzeption der Inneren Führung“ wieder, aber ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Gesellschaft, Streitkräften und Politik ist heute nicht gegeben – und diesen Gründen wollen wir in unserem Thema nachgehen.

**Innere Führung ist eine umfassende, ethisch begründete, gesellschafts- und militärpolitische Konzeption.**

Soldatinnen und Soldaten erwarten bei ihren schwierigen, risikoreichen Auslandseinsätzen eine möglichst starke politische und gesellschaftliche Unterstützung, wenn sie ihre gefährlichen Aufgaben in den Krisengebieten der Welt durchführen; es besteht ein Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung für die persönlichen Opfer, die sie erbringen (s. a. Bericht des Wehrbeauftragten 2008 vom 26. 03. 2009).

Die Bundeswehr verfügt durchaus über ein beachtliches Ansehen in der Gesellschaft (wie auch Bundesgerichtshof und Polizei) – wie aber sieht es mit der konkreten Unterstützung für die Streitkräfte aus?

Nimmt die Bevölkerung Bedrohungen, Sicherheitsrisiken und Verwundbarkeiten, denen moderne Industriestaaten ausgesetzt sind in ihrer Bedeutung ernsthaft wahr? (transnationaler Terrorismus, unkontrollierte Proliferation, weltweiter Staatszerfall, Regionalkonflikte um Europa, Störung des freien Welthandels und der entsprechenden Transportwege etc.)?

Werden deutsche Interessen, politische Ziele und Begründungen für Auslandseinsätze der Gesellschaft entsprechend vermittelt?

Versteht die Mehrheit der Bevölkerung die Mandatszersplitterung für Afghanistan (ISAF und OEF)?

Hinzu kommt, dass die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg der Preis für das „Nein“ zum Irak-Krieg war. Die deutsche Politik hielt Afghanistan zunächst für das „kleinere Übel“. Der damalige Bundeskanzler Schröder hatte die Rot-Grüne Koalition in den Afghanistan-Einsatz per Vertrauensfrage hineingezwungen, und die Gefährlichkeit des Einsatzes wurde durch die Politik vernebelt.

Als Begründungen für den Afghanistan-Einsatz wurden zunächst benannt:

- bündnispolitische Gründe,
- alte historische Beziehungen Deutschlands zu Afghanistan,
- schließlich lieferte der Bundesminister der Verteidigung Peter Struck die Formel: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“, ungeachtet der Tatsache, dass nach dem 11.09.2001 der „Bündnisfall“ und nicht der „Verteidigungsfall“ eingetreten war, die Bundesregierung hingegen stellte fest: „Dieser Beschluss bedeutet keinen Verteidigungsfall!“

In der Presse wurde der Satz: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ kommentiert: Da ist etwas Wahres dran bis zur Feststellung in der Süddeutschen Zeitung (Prantl), dass ...“ der Satz einer der törichtsten Sätze der deutschen Nachkriegsgeschichte ist“.

Ohne Klarheit, ohne Wahrheit, ohne Benennung vitaler nationaler Interessen und einer Gesamtstrategie, ohne greifbare Vorstellungen über Auftrag, Ziel und wahrscheinliches Ende, ohne Grundsatzdiskussion im Parlament und in der Öffentlichkeit wurde das Mandat für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan beschlossen.

Die Öffentlichkeit und damit die Gesellschaft erreichen seit Jahren Zeitungsmeldungen, dass die Sicherheitslage immer prekärer wird.

Liegt es da nicht nahe, dass die Gesellschaft fragt: „Worin liegt der Erfolg? Haben wir eine Strategie? Wenn ja, stimmt sie?“

Jahrelang haben wir uns um den **Primärzweck** von Streitkräften herumgedrückt. Wenn wir schon das „äußerste Mittel“ – nämlich unsere Streitkräfte einsetzen, dann doch mit dem Ziel:

- ein sicheres Umfeld zu schaffen, die Zivilbevölkerung gegen Gewalt zu schützen;
- der Gewalt der Terroristen (Al Kaida), Taliban, Warlords etc. eine Gegengewalt entgegenzusetzen; dies heißt „kämpfen!“
- der Erkenntnis, dass der Einsatz von Streitkräften auch künftig eine Funktion der Gewalt ist; der Nutzen entscheidet sich danach, wie die Absichten des Gegners zu vereiteln oder zu verändern sind; der Einsatz militärischer Gewalt findet in einem Umfeld politischer, rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher Faktoren statt, von denen keiner notwendigerweise den Vorrang beanspruchen kann;
- dass die Rollen des Soldaten vom „Kämpfer“ bis zum „Soldier Statesman“ reichen;
- der „irreguläre Krieg“, der „asymmetrische Krieg“, der „kleine Krieg“, wie ihn Clausewitz nennt heute die Regel ist und zum Dauerzustand wird (auch wenn es verschiedene Typen des unerklärten Krieges heute gibt);
- der Folgen, dass, wer diesen „kleinen Krieg“ nicht denken kann oder will, ist dazu verurteilt, ihn zu erleben!

Zur Gewaltanwendung, zum Kampfeinsatz gehören:

Überlegene Führung, Aufklärung und Wirkung im Ziel (auch: Artillerie, Kampfhubschrauber, Transporthubschrauber zur raschen Verlegfähigkeit von Infanterie und Spezialkräften!).

Viel zu lange wurde der Primärzweck von Streitkräften nicht ausgesprochen, jetzt stellte die Bundeskanzlerin fest: „Der Kampfeinsatz der Bundeswehr zusammen mit unseren Partnern im Nordatlantischen Bündnis ist notwendig...“ (Merkel, Regierungserklärung vom 08.09. 2009) und der Bundespräsident stellte fest: „Unsere Bundeswehr ist zu einer Armee im Einsatz geworden, zu einer Armee im Kampf...“ (Köhler, Ansprache zur Einweihung des Ehrenmals der Bundeswehr vom 08.09.2009).

Mit Hilfe unserer Gäste und deren Kompetenz wollen wir als Veranstalter des Kolloquiums einen Beitrag zur Beantwortung unseres Themas und damit verknüpfter Fragen leisten.

## 2. Impulse:

### **Brigadegeneral Alois Bach**

Kommandeur Zentrum Innere Führung



Ich freue mich, Sie heute als Hausherr und Mitveranstalter zum 3. gemeinsamen Kolloquium von 3 Institutionen begrüßen zu können, die sich u.a. zum Ziel gesetzt haben, die – dringend notwendige – sicherheitspolitische Debatte zu beleben.

Ich bin mir sicher, dass Sie alle mit Ihrem breiten Wissens- und Erfahrungsschatz dazu beitragen, wertvolle Anregungen zum heutigen Thema zu gewinnen. Zugleich hoffe ich, dass wir heute auch Impulse entwickeln, wie wir deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder angemessenere Wahrnehmung in Medien und Öffentlichkeit sichern können. Denn dieses Themenfeld gehört immer noch und zukünftig – noch mehr als bisher – zu den an Bedeutung zunehmenden Politikbereichen.

Ein Grußwort soll und kann keinen Vortrag, Podiumsdiskussion oder allgemeine Debatte ersetzen, dazu ist die heutige Themenstellung "Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?" zu komplex. Gleichwohl möchte ich Ihnen einige Gedanken vorstellen, die uns bewegt haben, dieses Thema zu wählen. In der Kürze der gebotenen Zeit werde ich sie nur anreißen, aber nicht im Detail ausführen können.

Weltweite Einsätze der Bundeswehr sind vor allem sichtbarer Ausdruck der gewachsenen Verantwortung Deutschlands vor dem Hintergrund steigender Bedrohungen unseres Gemeinwesens, die letztlich auf unser Selbstverständnis, unsere Lebensweise und unsere Werteordnung zielen. So geht es bspw. in Afghanistan in erster Linie um Prävention gegen einen Feind, der sich im asymmetrischen Kampf dieses Landes und seiner Menschen bemächtigen will, der strategisch auf Pakistan und damit auf dessen Atomwaffen zielt und der dem Westen unversöhnlichen Hass entgegenbringt.

Ein erfolgreicher bewaffneter Einsatz in Afghanistan – zur Schaffung eines sicheren Umfeldes und zur Verhinderung, dass das Land wieder Heimstatt des Terrorismus wird – braucht seine Zeit. Auf dem Balkan haben wir die Erfahrung gemacht, wie lange es dauern kann, Konfliktherde zu beruhigen, Menschen zu versöhnen und Wiederaufbau zu organisieren (Bosnien ≈ 15, Kosovo ≈ 10 Jahre).

Einsätze dieser Art kann man nur mit Standfestigkeit, Beharrlichkeit, Geduld, internationalem Schulterschluss und klaren politischen Zielsetzungen gewinnen. Dies muss man – und hier ist insbesondere die Politik gefordert – unseren Bürger/-innen immer wieder von neuem vermitteln.

Trotz Weißbuch und manch guter Debatten im Deutschen Bundestag ist es leider bisher nicht gelungen, eine breite öffentliche Diskussion über Grundzüge, Ziele und Interessen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik anzustoßen und zu führen. Selbst Experten (auch aus der Wissenschaft) lassen sich allenfalls über Teilaspekte aus.

Journalisten bspw. wagen zu häufig nur die schnelle Nachricht, anstatt dieses Themenfeld umfassender zu behandeln.

Scheinbar ist unsere Gesellschaft zu einer tiefgehenden Analyse und Debatte nicht willens und/oder fähig. Folglich verfolgt die Mehrheit unserer Bürger/-innen die Einsätze der Bundeswehr nicht sonderlich aufmerksam. Vielfach ist Desinteresse oder eine "Ohne-mich-Haltung" zu konstatieren, was den Rückhalt derjenigen im Einsatz schmälert.

Ein Land wie das unsere, das vom Export lebt, auf offene Weltmärkte angewiesen ist, Energie importieren muss und dessen Verantwortung für Frieden, Freiheit und Menschenwürde von vielen Staaten weltweit gefordert wird, kann sich nicht aus der Weltpolitik heraushalten. „Ohne-uns“ ist keine politische Option. Hier ist der Sprung von kollektiver Verteidigung zu kollektiver Sicherheit gefordert. Wir müssen über zivile und militärische Fähigkeiten zur Konfliktvorsorge, -bewältigung und -nachsorge öffentlich debattieren und wenn möglich hierfür einen gesellschaftlichen Konsens anstreben.

Dies sind wir all denjenigen schuldig, die im Einsatz für unsere Werteordnung und Interessen stehen. Sie haben es verdient, dass ihr Einsatz – oftmals unter Gefahr für Leib und Leben – gewürdigt und anerkannt wird.

In diesem Kontext möchte ich Ihnen eine kürzliche Begegnung mit jungen Soldaten des JgRgt 1 schildern, die in Kürze nach Afghanistan in den Einsatz als QRF gehen werden. Zwei Botschaften haben mir die Soldaten mitgegeben:

Wir gehen nicht nach Afghanistan, weil wir Geld dafür bekommen. Wir tun dies, weil wir einen Auftrag zu erfüllen haben. Kein Geldbetrag sei geeignet, die dortige extreme Bedrohungslage auch nur annähernd auszudrücken.

Wir erwarten von unseren Mitbürgern Rückhalt, für das was wir tun und darüber hinaus auch ein wenig Anerkennung.

Mit großem Interesse hatten diese Soldaten die aktuelle Debatte im Bundestag nach dem "Luftangriff" verfolgt. Und sie haben dankbar zur Kenntnis genommen, dass sich alle politisch und militärisch Verantwortlichen "vor die Truppe gestellt und den Einsatz positiv gewürdigt haben".

Jedoch war festzustellen, dass die vorhandene Diskrepanz zwischen mehrheitlicher Parlamentszustimmung einerseits und mangelnder Akzeptanz bei der Bevölkerung andererseits die Soldat(inn)en unverändert verunsichert. Wenn reflexartig bspw. nach einem Vorfall oder Anschlag der Sinn eines Einsatzes grundsätzlich in Frage gestellt wird, kann kein Vertrauen in die Beständigkeit des politischen Willens und des daraus resultierenden militärischen Auftrages wachsen.

So fällt es manchem Soldaten nicht leicht, seinen Dienst als unmittelbaren Beitrag zum Schutze Deutschlands und seiner Bürger/-innen zu begreifen. Deshalb müssen politische Begründungen für einen Einsatz so einleuchtend und nachvollziehbar wie möglich sein, denn die Überzeugungskraft der Begründung – also die Legitimität des Einsatzes – ist mitentscheidend für Motivation der Einsatzsoldaten sowie Wahrnehmung, Verständnis und Rückhalt durch die eigene Bevölkerung.

Wir, die militärischen Vorgesetzten, tun alles, um unseren Soldat(inn)en die Sinnhaftigkeit eines Einsatzes zu erklären. Meiner Bewertung nach sind die hier am Zentrum Innere Führung entwickelten (Unterrichts-)Modelle dafür stimmig und einleuchtend. Aber unsere Antworten können stets nur das widerspiegeln, was uns Politik bzw. das Parlament als unser Mandatgeber liefert.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Wir brauchen eine öffentliche und tiefer gehende sicherheitspolitische Diskussion über Expertenzirkel hinaus, die sich mit Zielsetzungen und Interessen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Allgemeinen und mit Auslandseinsätzen im Besonderen befasst.

Es gilt den gesellschaftlichen und politischen Lern- und Gestaltungsprozess zur Übernahme von Verantwortung für Krisenvorsorge, -bewältigung und -nachsorge intensiver als bisher fortzusetzen und wenn möglich einen gesellschaftlichen Konsens in diesem Politikfeld zu finden. Dies sind wir all denjenigen Menschen schuldig, die ihr Leben für unser aller Sicherheit einsetzen.

Ich stimme den Worten von Bundespräsidenten Horst Köhler anlässlich der Einweihung des Ehrenmals der Bundeswehr am 8. September 2009 ausdrücklich zu, dass es unsere Verpflichtung ist, darüber nachzudenken, "... welchen Preis wir zu zahlen bereit sind für ein Leben in Freiheit und Sicherheit. [Das Ehrenmal] mutet den politisch Verantwortlichen zu, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, dass ihre Entscheidungen Menschenleben kosten können."

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Anmerkungen einige Anstöße geben konnte, und dass es uns mit Ihrer Hilfe gelingt, die öffentliche sicherheitspolitische Debatte auf ein breiteres Fundament zu stellen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen anregende Vorträge, interessante Diskussionen, viele weiterführende Gespräche und die Einsicht, dass wir alle im sicherheitspolitischen Diskurs aktiver werden müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



## Oberst Ulrich Kirsch

Bundesvorsitzender Deutscher Bundeswehrverband



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte meinen Impulsvortrag mit einem Zitat von Dr. Angela Merkel beginnen, die in ihrer Regierungserklärung zu dem Beschluss der Tanklaster in Afghanistan vor vier Wochen folgendes gesagt hat: „Der Einsatz der Bundeswehr (in Afghanistan) war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes. (...) Die Entsendung unserer Soldaten ist seit Anfang 2002 von jeder Bundesregierung verantwortet worden. Die jährlichen Anpassungen und Verlängerungen haben jeweils eine breite Unterstützung im Parlament erhalten. Das ist nicht zuletzt im Interesse unserer Soldatinnen und Soldaten ausgesprochen wichtig. (...) Unsere Soldatinnen und Soldaten riskieren bei diesem Einsatz ihr Leben. Dafür haben wir ihnen zu danken. (...)“

Deutschland will international mitwirken und beansprucht Mitspracherecht. Ich gehe davon aus, dass Deutschland sich mittelfristig dem internationalen Druck nicht entziehen können wird und sein Afghanistanengagement noch ausweiten muss. Dabei wird Deutschland seine Soldaten zukünftig auch in ausdrückliche Kampfeinsätze entsenden. Es wird nicht mehr nur um die militärische Absicherung eines zivilen Wiederaufbaus und Friedensprozesses gehen, sondern auch um die Bekämpfung und Vernichtung eines militärisch organisierten und vorgehenden Feindes. Deutsche Soldaten haben dann den ausdrücklichen Auftrag, zu töten.

Diese schwerwiegende Zäsur in der Sicherheitspolitik ist weder im Bewusstsein der Politik selber noch der Öffentlichkeit angekommen. Die Soldatinnen und Soldaten können ihren Auftrag aber nur dann optimal erfüllen, wenn sie dabei die Zustimmung und Unterstützung der breiten Politik und Gesellschaft erfahren. Denn eines steht fest: Die Bundeswehr ist ein Geschöpf unseres Staates und ist ein unentbehrlicher Bestandteil nicht nur unserer Verteidigungs- sondern auch unserer Außen- und Sicherheitspolitik!

Da macht es mich persönlich betroffen, wenn ein Soldat nach Rückkehr aus dem Einsatz von den Nachbarn so angesprochen wird, als müsse er sich für seinen gesetzlich geforderten Dienst persönlich erklären. Mit Sorge betrachte ich diesen Isolationsprozess. Denn den Staatsbürger in Uniform haben wir nur dann, wenn dieser Staat mit der Mehrheit seiner Bürger sich auch weiterhin zu „seiner“ Bundeswehr mit all ihren Einsätzen bekennt!

Dafür reicht es nicht, dass sich Militärfachleute und Verteidigungspolitiker umfassend mit den Einsätzen auskennen und über die Entwicklungen in der Bundeswehr diskutieren. Nein, dieser Prozess muss auf einem breit angelegten gesellschaftlichen Fundament stattfinden!

„Verteidigungsbereitschaft“ geht uns alle an. Und zwar in vielfacher Hinsicht. Da geht es nicht nur allgemein um „Verständnis“ und „Verankerung in der Gesellschaft“. Nein, da geht es auch um die konkrete Frage, wie bereitwillig Geld für die Bezahlung und Ausrüstung unserer Truppe in die Hand genommen wird und wie leidensfähig unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, wenn die Truppe sich in Übung halten muss.

Ich stelle eine Schieflage in der Wahrnehmung des Einsatzes in der deutschen Öffentlichkeit und der deutschen Politik fest.

In der Umgebung von Kunduz vergeht kein Tag ohne gewaltsame Aktionen der Taliban. Kein Tag ohne Terror gegen die Afghanen, kein Tag ohne Mord und kaum vorstellbare Grausamkeiten gegen die Menschen in diesem Land. Unsere Soldaten stehen dort täglich im Gefecht. Der Kampf ist Alltag. Soldaten fallen. Soldaten werden verwundet. Soldaten schießen. Soldaten töten.

Unsere Soldaten empfinden diese Situation als Krieg.

Das Gefühl vieler Soldaten im Einsatz, allein und unverstanden in Afghanistan ihren gefährlichen Auftrag zu erfüllen, hat sich angesichts dieser Situation verstärkt.

Dr. Merkel hat in der von mir bereits zitierten Regierungserklärung in Zusammenhang mit dem Tanklastervorfall von einem „Brennglas“ gesprochen, in dem alle grundsätzlichen Fragen sichtbar würden, die seit Beginn des Einsatzes immer wieder zu stellen seien.

Diese Fragen müssen wesentlich deutlicher gestellt werden. Und eines ist ganz klar: Fragen alleine reicht nicht. Es müssen auch Antworten gefunden werden.

Zu den zentralen Forderungen des Bundeswehrverbandes gehört, den Einsatz in Afghanistan zur Chefsache in Deutschland zu machen. Die Verantwortung gehört in das Bundeskanzleramt. Die ganze Bundesregierung mit fast allen Ressorts steht hier in der Verantwortung.

**Reinhold Robbe**

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages  
Schirmherr der Veranstaltung



Die Soldaten im Einsatz haben für die Menschen in Deutschland zwei Botschaften:

1. Im Moment werden in Afghanistan keine Brunnen gebohrt oder Kindergärten errichtet, sondern es wird gekämpft. Es findet ein Wandel in der Qualität des Einsatzes statt: täglich gib es Verwundete, oft auch Tote. Diese Situation muss in Deutschland realistisch diskutiert werden. Hier werden insbesondere Politiker als Multiplikatoren gefragt. Auch Medien spielen eine große Rolle.
2. Soldaten wünschen sich mehr moralische Unterstützung für ihre Leistung im Einsatz.

Allgemeine Appelle an die Gesellschaft reichen nicht aus, da oft keine Reaktion erfolgt. Alle Verantwortlichen (Politiker, Bundesregierung, Bundeswehr) müssen stärker nach außen wirken.

Mehr Empathie und menschliche Zuwendung für die Soldaten zeigen und in der Öffentlichkeit strukturiert organisieren!

„Was hält unsere Kirchen davon ab, einen Sonntag im Jahr zu identifizieren, um ein ökumenisches Fürbittengebet in sämtlichen Kirchen zu sprechen?“ als eine nach außen gerichtete Demonstration der Solidarität mit den Soldaten.

„Was hält die Gewerkschaften davon ab, auf einer Mai-Kundgebung darauf hinzuweisen, dass zum gleichen Zeitpunkt etwa 8000 Soldatinnen und Soldaten überall in der Welt im deutschen Namen deutsche Interessen vertreten, vom Deutschen Bundestag dorthin in alle Teile der Welt entsandt werden?“

„Was hält einen Arbeitgeberverband davon ab, auf der Jahreshauptverbandstagung, eine Gedenkminute einzulegen, für die vielen Kameradinnen und Kameraden, die inzwischen verwundet wurden oder gefallen sind; oder mal ein mutiges Wort zu sagen mit Blick auf die Zeitsoldaten, die ausscheiden und die dann eine vernünftige zivilberufliche Perspektive haben müssen?“

Als Beispiele hohen persönlichen Opfers der aus dem Einsatz zurückgekehrten Soldaten wurden der Anstieg von PTBS und Schwerbehinderung genannt. Es wird die Erfahrung gemacht, dass betroffene Soldaten sich damit allein gelassen fühlen.

Die Bundeswehr hat heute viel zu tun mit Angehörigen von Soldaten, die gefallen, oder durch Selbstmord oder Unfall ums Leben gekommen sind. Dieser Faktor sollte stärker bedacht werden.

Die Gesellschaft ist durchaus bereit, sich der für die Bundeswehr relevanten Themen anzunehmen. Beispiel Kasernensanierung: das Bekanntwerden der Zustände löste eine öffentliche Betroffenheit aus, die es der Politik leichter gemacht hat, eine Verbesserung herbeizuführen.

Nach dem Spielfilm „Willkommen zuhause“ gab es in der Gesellschaft Diskussionen über die Belastungen der Soldaten und deren Folgen. Viele Zeitzeugen verglichen die heutige Situation mit den Nachkriegsjahren, in denen ein Gros der Wehrmachtsoldaten ähnlich posttraumatisch belastet war.

„Soldaten und Soldaten haben unsere volle Unterstützung. Wir stehen hinter ihnen“. Sie können sich auf uns, die Gesellschaft verlassen.



**Nahezu 200 Gäste beim 3. Kolloquium**

**3.****Vortrag I:****Dr. Klaus Naumann**

Hamburger Institut für Sozialforschung



Thema: Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?

Lassen Sie mich mit einer Überlegung zum Vortragstitel beginnen. Die Fragestellung, wofür die deutsche Gesellschaft bereit sei, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen, erinnert – Sie erlauben mir den Vergleich – an das Kinderspiel mit dem Titel „Reise nach Jerusalem“. Immer ist ein Stuhl zu wenig aufgestellt, und wer keinen bekommt, muss aus dem Spiel ausscheiden. So ähnlich scheint es sich auch in der Titelfrage zuzutragen, denn klären können wir sie nur, wenn wir von einem Dreiecksverhältnis ausgehen. Über „die Gesellschaft“ können und sollten wir nichts aussagen, wenn wir uns nicht zugleich verständigen über die Rolle von Politik und Militär und über die gegenseitigen Wahrnehmungen und Interaktionen. Wenn wir jedoch so verfahren, liegt die Versuchung nahe, angesichts neuer Herausforderungen, offener Fragen und nachlassender Legitimationen – das sind die Gründe für die Verknappung der Stühle in diesem Spiel – einen der drei Beteiligten mangels Spielerfolg und Durchsetzungsfähigkeit herauszukomplimentieren. - Doch es hat wenig Sinn, einen und nur einen als Verlierer oder Versager haftbar zu machen.

Wie ist es also um dieses Dreiecksverhältnis zwischen Gesellschaft, Militär und Politik bestellt? Warum haben wir es hier mit einem Problem (oder mehreren) zu tun? Und in welchen Richtungen könnte Abhilfe gesucht werden – und wo sind vielleicht die Grenzen des Erwartbaren?

#### 1. Die deutsche Gesellschaft

Wozu also ist die deutsche Gesellschaft „bereit“, wenn es um die Auslandseinsätze geht? Man sollte es sich nicht zu leicht machen, wenn man versucht, die öffentlichen Stimmungslagen zu ergründen. So ist es zweifelhaft, ob die von Bundespräsident Horst Köhler einmal vertretene Auffassung, die Bevölkerung stehe der Bundeswehr und ihren Beiträgen mit einem „freundlichen Desinteresse“ gegenüber, sehr weit trägt. Genau genommen trifft diese Formulierung nur den – nicht unwichtigen – Sachverhalt, dass das allgemeine Institutionenvertrauen in die Bundeswehr eine der wichtigsten Quellen ist, um trotz vorhandener Irritationen eine positive Auffassung über die konkreten Auslandseinsätze zu vertreten (Bulmahn SOWI, 2008, S. 29f.). Dennoch signalisiert dieser Befund einen Handlungsbedarf, und darauf wird häufig mit dem Rezept geantwortet, nun gelte es, die öffentliche Informationspolitik zu verbessern. Das ist generell sicherlich sinnvoll, beruht aber auf dem Glauben, es genüge, vermehrte und mediengerechte Informationen unters Volk zu bringen, dann werde sich die vermisste bzw. oberflächliche Akzeptanz für die Bundeswehr von selbst ergeben. Dieser Glaube trägt, aber der Impuls zeigt etwas sehr Wichtiges.

Erkennt man nämlich in Sachen Informationspolitik eine Art Bringschuld gegenüber der Öffentlichkeit, so sagt man damit nichts anderes als das: Die Hoffnung, es werde im Laufe der sich erweiternden Aufträge, der vermehrten und fernen Missionen und der

heftigeren militärischen Einsätze schon von selbst eine Gewöhnung des Publikums an die neue Sicherheitspolitik eintreten – diese Hoffnung hat gründlich getrogen! Sie war, man erinnert sich, ursprünglich mit dem Namen des Verteidigungsministers Volker Rühe und der ihm zugeschriebenen „Salami-Taktik“ verbunden. Doch man liegt wohl richtig, wenn man diesen Stil eines schonenden Umgangs mit den Bürgern auch den nachfolgenden Ministern attestiert. Prominentestes Beispiel dieses Verfahrens ist die derzeitige Übung des Amtsinhabers Franz-Josef Jung, einen regelrechten semantischen Eieranzug um den Begriff „Krieg“ aufzuführen. – Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, es gibt gute Gründe, an differenzierenden Bezeichnungen festzuhalten. Es war schließlich kein Zufall, dass seit Jahren schon Hilfsbegriffe und Neologismen wie „asymmetrische Kriege“, „operations other than war“ oder „low intensity conflicts“ bemüht werden, um der komplizierten Realität in den Einsatzgebieten Rechnung zu tragen. Das Argument zielt in diesem Zusammenhang auf etwas ganz anderes. Der Vater eines gefallenen Soldaten hat das kürzlich mit den Worten ausgedrückt, „Wir ‚Menschen da draußen‘ und – in diesem speziellen Fall - wir Angehörigen von getöteten Bundeswehrsoldaten vertrauen ... sehr viel mehr Wahrheit und Offenheit, als Politiker uns anscheinend zutrauen.“ (Spiegel, 38/2009, S. 75)

Was ich damit sagen möchte, ist Folgendes: Es geht hier in erster Linie nicht um eine gleichgültige Gesellschaft, nicht um Informationsmängel oder Beharrungskräfte; nicht um Gutmenschen und Weltfremdheit. Hinter der brüchigen Akzeptanz oder der fehlenden Unterstützung stehen handfeste Meinungsunterschiede, unterschiedliche politische Auffassungen und durchaus auch tief sitzende historische Erfahrungen.<sup>1</sup> Wenn wir die regelmäßigen Bevölkerungsbefragungen – etwa des SOWI der Bundeswehr – zu Rate ziehen, zeigt sich ein differenziertes Bild, von dem, was die Bevölkerung von der Bundeswehr und ihren Beiträgen erwartet. Es besteht eine generelle Skepsis bzw. Ablehnung über den Sinn und Nutzen des militärischen Gewalteinsatzes für politische Ziele jenseits des vertrauten (aber zum Glück nie praktizierten) Zweckrahmens einer heimatnahen und defensiv ausgerichteten Landesverteidigung. Diese Auffassung wird durch die offizielle global und präventiv ausgerichtete Sicherheitspolitik so grundsätzlich herausgefordert, dass die jahrelange und noch immer starke Akzeptanz der Auslandseinsätze auf den ersten Blick sogar erstaunlich ist.

Aber auch diese Akzeptanz erfolgt nicht (nur) blauäugig. Konkret befürwortet werden Hilfeinsätze, Aufbaumaßnahmen und Stabilisierungsanstrengungen. Die Akzente liegen dabei auf Nothilfe, sie beziehen sich auf die europäischen Krisenregionen und sie tragen eine starke ethisch-politische Komponente. Das kommt darin zum Ausdruck, dass der Einsatz militärischer Gewalt zur Geiselnbefreiung oder zur Verhinderung eines Völkermords (von 89 bzw. 82 %) durchaus als legitim bewertet wird, während der Militäreinsatz für einen politischen Regimewechsel aufgrund von Menschenrechtsverletzungen (bei 55 %) auf überwiegende Ablehnung stößt. Diese Voten sind also auf konkrete und überschaubare Anlässe bezogen, sie sind konditioniert und qualifiziert auf bestimmte („defensive“) Zwecke – aber sie misstrauen zutiefst dem Glauben an einen strategischen Gewalteinsatz mit unbestimmter Dauer und mit offenem Ausgang – eine Haltung, die durch die Entwicklungen im Irak und in Afghanistan an Überzeugungskraft gewonnen haben dürfte. Sie verbindet sich mit Zweifeln an der Berechtigung der offiziell vertretenen Formeln der Sicherheitspolitik, die von einer Reduzierung der Gefahr des Terrorismus, von einem Zugewinn an Sicherheit oder von der Nachhaltigkeit konkreter Stabilisierungserfolge (bisher etwa im Norden Afghanistans) sprechen.

---

<sup>1</sup> Zum historischen Aspekt vgl. Naumann, Abwehr, Abschreckung, Distanzierung, in: Hettling/Echternkamp (Hg.), Bedingt erinnerungsbereit (2008), S. 162ff.



Wenn diese Formeln auf Unglauben stoßen, dann heißt das, die „Bedrohungs- oder Schicksalsgemeinschaft“, die im Kalten Krieg eine der Grundlagen der zivil-militärischen Konsenses gewesen war (auch wenn sie mit starken Akzeptanzkrise bzgl. der atomaren Abschreckung zu kämpfen hatte!) ist inzwischen fortgefallen. Dahinter steckt sogar eine noch weitergehende schleichende Erosion des zivil-militärischen Balanceverhältnisses. Konnte die Landesverteidigung noch als legitime Grundlage der Wehrpflicht angesehen werden (auch hier schwand die Bindewirkung allmählich!), so ist unter den Bedingungen globaler Sicherheitsvorsorge eine Art Versicherungsverständnis für die militärischen Leistungen getreten – man nimmt sie, sofern plausibel – gern in Anspruch, und zahlt dafür mit seinem Steueraufkommen – mehr nicht. Die Tatsache, dass sich in den Befragungen immer wieder Mehrheiten für die Wehrpflicht ergeben, widerspricht diesem Trend nicht. Wie die Institution Bundeswehr so genießt auch die Institution Wehrpflicht generell ein hohes Ansehen – die konkrete persönliche Option (etwa der jüngeren Männer), zu dienen oder nicht folgt hingegen anderen Kalkülen (insbesondere bei den besser Gebildeten). Zwei Entwicklungen sind hier also zu beobachten: die allgemeine Wehrpflicht wird zu einem Fall individueller Optionen; und die Tendenz nimmt zu, die „Produktion von Sicherheit“ (wie es einmal hieß) denen zu überlassen, die dies freiwillig tun und etwas davon verstehen. Die Plausibilität der Wehrpflicht als einer Bürgerobligatio verfällt bei weiterhin hohen Zustimmungswerten. Will man sie erhalten, müsste man sie neu begründen. Das geschieht bisher nicht.<sup>2</sup>

Dieser Wandel der öffentlichen Wahrnehmungen und Einstellungen geht indessen nicht auf Kosten der Wertschätzung der beteiligten Menschen – der Bundeswehrsoldaten, der zivilen Aufbau- und Entwicklungshelfer – oder zu Lasten der „bewährten“ Institutionen. Und er richtet sich auch nicht gegen die Opfer dieser Einsätze. Von einer dramatischen „casualty awareness“ der deutschen Öffentlichkeit kann bisher jedenfalls nicht die Rede sein (Kümmel/Leonhard, SOWI-AP 140, 2005). Was man vermisst, sind Begründungen, Perspektiven und Offenheit. Wenn die Zustimmungsraten zum Afghanistan-Einsatz sinken (und bei Negativ-Meldungen ist das sowieso der Fall!) dann nicht deshalb, weil die Öffentlichkeit die Ziele des Aufbaus, der Stabilisierung oder des Institution Building nicht teilt, sondern weil sie – beispielsweise – nicht davon überzeugt ist, dass die Relationen von militärischen Anstrengungen und zivilen Aufwendungen in einem Erfolg versprechenden Verhältnis stehen. Es ist in diesem Zusammenhang erstaunlich, wie wenig sich die deutsche Politik zum Propagandisten des neuen amerikanischen Ansatzes gemacht hat, obwohl sie andererseits Genugtuung erkennen ließ, dass die Amerikaner sich endlich den deutschen Einsatzmaximen angenähert hätten.

Kurzum, wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, die überzeugt werden will, die begründete Vorbehalte hat – aber mit keiner Gesellschaft die den Beteiligten die Anerkennung verweigern würde. Es fragt sich also, wie die allgemeine Missstimmung zustande gekommen ist – und welche Rolle die deutsche Politik dabei spielt, bevor wir uns dem Beitrag des Militärs zuwenden.

## 2. Die deutsche Politik

Formuliert man den Befund hart, so hat nicht die Politik den sicherheitspolitischen Konsens verloren, aber die Öffentlichkeit (Biehl 2007) – unter Bedingungen, die einerseits weniger dramatisch sind als während der Nachrüstungsdebatte in der 80er Jahren, andererseits aber viel dramatischer, weil die Öffentlichkeit begründete Zweifel an der konkreten Ausrichtung und Ausfüllung jenes Konzepts hat, dass an die Stelle der Landes-

<sup>2</sup> Vgl. Naumann, Einsatz ohne Ziel?, Kap. III.

verteidigung getreten ist. „Sicherheit“ ist als Paradigma an die Stelle von „Verteidigung“ getreten, aber die Politik tut sich schwer damit, den dadurch veränderten Begründungsrahmen terminologisch und verfahrenspraktisch anders zu bedienen als mit dem alten Repertoire der „Verteidigung“. Folglich kommt es zu kognitiven, politischen und gelegentlich auch ethischen Diskrepanzen. Ihr Ergebnis ist der Verlust von Glaubwürdigkeit. Das spiegelt sich auch in den Begründungsschwächen der Auslandseinsätze. Stolz werden Leistungs- und Erfolgsbilanzen präsentiert – aber wie ein Beobachter kritisch konstatiert hat, die Bundeswehr ist in fast allen diesen Einsätzen „dorthin gegangen, wo wir eigentlich nicht hingehen wollten.“ (W. Kühne 2007) Das Problem der Politik besteht nicht zuletzt darin, dass sie offenbar in dem Glauben lebt, die Bevölkerung merke davon nichts.

Auch hier geht es nicht (nur) um bessere und mehr Informationen; in allererster Linie geht es um die Strategiefähigkeit und die entsprechende argumentative Präsentation der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Zum zweiten ist die Entschlossenheit verlangt, mit den selbst formulierten Ansprüchen der Sicherheitspolitik – Attribute „vernetzt“, „erweitert“, „comprehensive“ – überhaupt erst einmal ernst zu machen. Im Regierungsalltag (Ressortprinzip!) und im Parlamentsgeschäft (Ausschusswesen!) ist davon jedenfalls wenig zu spüren. Dort wird vornehmlich „auf Sicht“ gefahren, öffentlich brisanten Themen ausgewichen oder die Tretmühle der Mandatsroutine betrieben. – Um auch hier nicht missverstanden zu werden: Ich spreche nicht gegen den Primat der Politik, sondern darüber, dass dieser Primat nicht ausreichend wahrgenommen wird, weil die Politik unter ihren Möglichkeiten bleibt.

Aus allen diesen Problembefunden ergeben sich dann in letzter Instanz öffentliche Begründungsschwächen und Performanzdefizite. – Etwa wenn der Verteidigungsminister den berechtigten Anstoß zur Errichtung des jetzt eingeweihten Ehrenmals für die Toten der Bundeswehr zur Ressortangelegenheit macht – und damit die Chance vergibt, zu einer öffentlichen Klärung dessen beizutragen, was bei den Einsätzen auf dem Spiel steht und als „Bereitschaft“ von der Bevölkerung eingefordert wird. – Oder wenn die Kanzlerin sich nach dem Luftangriff bei Kunduz in einer von der Opposition erzwungenen Bundestagssitzung hinstellt, eine rhetorisch gelungene und kluge Rede hält, doch die eigentlichen politischen Inhalte (Stichworte: internationale Konferenz, „Übergabestrategie“, Zeitrahmen von fünf Jahren usw.) wie ein Kaninchen aus der Wundertüte zieht. Die Gestik sagt dabei mehr als die Sprache: Beruhigt euch, wir haben die Lage im Griff, Vorschläge liegen schon in der Schublade, weitere Mitsprache oder Debatten sind überflüssig! Solche Interventionen mögen dazu angetan sein, das Publikum zu beruhigen (um nicht zu sagen: ruhig zu stellen). Verpasst wurde aber wieder eine Chance, einen publikumswirksamen Klärungsprozess einzuleiten. Etwa darüber, was ein begrenzter Zeitrahmen für Aufwendungen, Korrekturen und Zielmargen nach sich zieht; wie Deutschland sich auf der internationalen Konferenz am Ende des Jahres präsentieren will. Verpasst wurde auch, den Anlass zu einer schonungslosen Bilanz der bisher Erreichten und Versäumten zu nutzen (was ja eine „klare Buchung“ [O-Ton Steinmeier] voraussetzen sollte). Wieder könnte also das Gleiche geschehen wie bisher – Eröffnungen, Bilanzen, Selbstprüfungen werden erst dann und nur widerwillig abgeliefert, wenn die Politik mit dem Rücken an der Wand steht.

### 3. Das deutsche Militär

Die Bundeswehr steht nicht außerhalb des hier aufgezeigten Spannungsfeldes. Welchen Eigenbeitrag leisten die Streitkräfte dazu, dass ihr Bild unscharf wird und sie – im Gegenzug – das Gefühl haben, nicht genügend anerkannt oder unterstützt zu werden? (Wir sehen davon ab, dass dieses Gefühl ohnehin ein Dauerproblem militärischer



Selbstwahrnehmung ist!) Nun gibt es für diese Unschärfe zunächst einmal objektive Gründe – das Verschwinden der Bundeswehr aus der Fläche; ihre Abwesenheit auf Einsätzen; die Auflösung der herkömmlichen Klammer von Staatsbürger in Uniform und „Vaterlandsverteidiger“; die Verwischung des soldatischen Rollenbilds zwischen „bewaffnetem Sozialarbeiter“ und „archaischem Kämpfer“ (um zwei Schlagworte zu benutzen); der Verlust des Charakters einer Wehrpflichtigenarmee; das Schwinden der sozialen Repräsentativität der Streitkräfte, die weniger ein Spiegelbild als ein Zerrbild der Gesellschaft geworden sind. Das ist das eine verunsichernde Moment.

Darüber hinaus gibt es eine weitere bedenkliche Praxis, die auf die Streitkräfte ausstrahlt. Die Politik pflegt die Bezeichnung der Streitkräfte als „Instrument der Sicherheitspolitik“ (Weißbuch 2006); eine Qualifizierung, die übrigens auch truppenintern Verwendung gefunden hat – etwa in der HDv 100/100 (Truppenführung), in der es heißt, die Streitkräfte seien „ein Mittel zur Wahrung der Interessen des Staates“ (Zi. 101). Ohne mich in Feinheiten zu ergehen, dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee nun gewiss kein Instrument „des Staates“ ist, und dass sich der Auftrag der Streitkräfte nicht auf die „Wahrung von Interessen“ reduzieren lässt, sei hier nur das eine angemerkt: der Instrumentalismus, der hier zum Ausdruck kommt, der die Bundeswehr gleichsam als ein Werkzeug bezeichnet, und der damit den Eindruck nährt, man könne militärische Gewalt einsetzen und anwenden wie Hartz IV oder den Bologna-Prozess, eine Rentenreform oder eine Abwrackprämie, - dieser Instrumentalismus tut dem Bild und vielleicht auch dem Selbstbild der Bundeswehr großen Schaden an.

Natürlich steht die Bundeswehr im Verhältnis normativer Abhängigkeit zur Politik; sie ist Auftragnehmer und kein autonomes Subjekt. Aber jenseits dieser Feststellung hat die Formulierung vom „Instrument“ Bundeswehr keine Berechtigung! Im Gegenteil, Amtshandeln und öffentliches Dienen beschränkt sich in der Demokratie niemals nur auf das Funktionale – weder in der Politik noch im Militär.<sup>3</sup> Man müsste den Soldaten schon als „instrumentum vocale“ (als stimmbegabtes Werkzeug) bezeichnen – aber das war die Bezeichnung der Römer für ihre Sklaven. Der Bundeswehrsoldat ist jedoch mündiger Bürger, und er ist im Rahmen seines Dienstes auch Akteur und verantwortlich Handelnder. Wird die instrumentelle Adressierung jedoch auf das Selbstbild übertragen, bekommen wir den willigen Vollstrecker oder nur etwas freundlicher gesagt, den Experten oder Funktionär.

Sollte die Bundeswehr sich so darstellen, kann sie nur noch auf zweierlei Weise mit öffentlicher Zuwendung rechnen – entweder in Gestalt skandalisierender Empörung, wenn etwas schief geht, oder in Form von Mitleidsbekundungen, weil sie den Eindruck erweckt, sie sei nichts als der arme Tropf, der die von der Politik eingebrachte Suppe auslöffeln muss. In beiden Fällen treten die Soldaten oder die Bundeswehr nicht mehr als handelnde Subjekte in Erscheinung. – Strickt die Bundeswehr mit an einem solchen Image? Und was – welchen Beitrag – traut man Streitkräften zu, die diesen Eindruck erwecken?

Lassen Sie mich die Versuchungen einer instrumentalistischen Sichtweise noch etwas weitertreiben, um die Virulenz zu beleuchten, die darin zum Ausdruck kommt. Nehmen wir die mediale Resonanz auf die Luftangriffe in Kunduz. Vom „Ende der Unschuld“ titelte der Spiegel (38/2009), um daran die Erklärung anschließen, es sei „eine Illusion, eine Nation könne in einer kriegerischen Welt sauber bleiben. Es ist Hybris anzunehmen, den Krieg nach eigenen Regeln führen zu können. Der Krieg regiert den Krieg, er ver-

<sup>3</sup> Dazu vgl. Wilhelm Hennis, Amtsgedanke und Demokratiebegriff (1962).

tilgt die Unschuld.“ (S. 75) Nun, wenn der Krieg den Krieg regiert, dann sind die Soldaten nichts als Instrumente eines sich selbst steuernden automatischen Prozesses, der weder Moral noch Norm zugänglich ist. – Das wäre dann eine Ausweitung des instrumentalistischen Denkens von der Politik auf das, was markig als „die Wirklichkeit“ des Krieges apostrophiert wird. Wo gehobelt wird, fallen Späne – so oder ähnlich lauten dazu die einschlägigen Weisheiten.<sup>4</sup> – Ich glaube, dass sich die Bundeswehr aufgrund ihrer Leitbilder und ihrer Führungsphilosophie mit einer solchen Sicht ebenso wenig zufrieden geben kann wie mit der Apostrophierung als „Instrument“.

Dahinter steckt jedoch wieder ein grundsätzliches Problem militärischer Performanz und Selbstdarstellung in bewaffneten Konflikten, das auf die Öffentlichkeit abstrahlt. Frei übertragen ließe sich sagen, was für die Politik das Sicherheitsparadigma mit all seinen Unberechenbarkeiten und Erklärungszwängen, ist für das Militär das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Auch damit sind situative wie normative Begründungszwänge gesetzt – sowohl gegenüber dem Auftraggeber wie auf dem Gefechtsfeld wie gegenüber der Öffentlichkeit.

Was ich an die Adresse des Militärs sagen möchte, lässt sich in der Aufforderung zusammenfassen, sich nicht als Objekt der Politik zu begreifen, selbst – argumentativ – in Erscheinung zu treten, sich selbstbewusst als „Partner“ von Politik und Gesellschaft zu profilieren. Ich glaube, das wird in der Gesellschaft ebenso vermisst wie schlüssige Begründungen in der Sicherheitspolitik. Im Übrigen ist das nichts anderes als Bundespräsident Horst Köhler in seiner Ansprache vom September 2007 in der Führungsakademie angeregt hatte. Er erwarte von den militärischen Führern, sagte Köhler, „Klartext nach oben und nach außen“ zu reden, also sowohl gegenüber der Politik, der eigenen Führung wie gegenüber der Öffentlichkeit. Das aber setzt voraus, dass sich das Militär als Akteur begreift und nicht als Vollstrecker, als Instrument oder als Lückenbüßer.

#### 4. Dreiklang mit Dissonanzen

Kurzum, wer das Dreieck von Gesellschaft, Politik und Militär abschreitet, stößt auf Schwachpunkte bei allen Beteiligten. Wer bei der „Reise nach Jerusalem“ als erster ausfällt, steht gar nicht so fest! In der Gesellschaft gibt es substantiell abweichende Vorstellungen von den erreichbaren Zielen und vertretbaren Mitteln der Sicherheitspolitik; die Politik hat ihre eigenen Programmaussagen zur Sicherheitspolitik nur unvollständig eingelöst und zeigt Angst vor der eigenen Courage; und das Militär drückt sich weg in die Rolle eines gebeutelten Auftragnehmers ohne eigene Stimme. Am meisten unbefriedigend ist dieses dreigliederige Missverhältnis jedoch aus der Perspektive der Einsatzopfer aus den Reihen der Bundeswehr. – Lassen Sie mich abschließend am Beispiel der post-traumatischen Belastungsstörungen von Soldaten illustrieren, wie die drei genannten Größen – Militär, Politik und Gesellschaft – verzahnt und aufeinander angewiesen sind.<sup>5</sup>

Wir wissen inzwischen, dass PTBS durch Gewalterfahrungen und Schockwirkungen ausgelöst werden, aber immer auch mit dem Gefühl einer verletzen sittlichen Ordnung („Weltvertrauen“) zu tun haben, mit der Erschütterung des Gefühls, „was recht ist.“ Dabei greifen klinische und Fürsorgemaßnahmen, so wichtig sie sind, allein zu kurz. Gerade an diesem Punkt zeigt sich, dass PTBS auch viel mit verletzten Gefühlen von Sinn, Anerkennung, Verantwortung und Gegenseitigkeit zu tun haben. Werden diese sittli-

<sup>4</sup> Vgl. die moralphilosophische Erörterung des „dirty hands“-Problems bei Michael Walzer, *Erklärte Kriege* (2003), S. 62ff; Ders., *Political Action*, in: *Philosophy and Public Affairs* 2, 2/1973, S. 160ff.

<sup>5</sup> Vgl. Naumann, *Kriegstrauma und Zivilgesellschaft*, FR 27.3.2009.

chen Erwartungen enttäuscht, verliert der Soldaten gewissermaßen den Boden unter den Füßen – und das in Einsätzen, in denen Lebensgefahr und Todesfurcht seine engsten Begleiter sind.

Damit zurück zur Bundeswehr, zur Politik – und auch zur Gesellschaft. Die Unterversorgung der Truppe, veraltetes Material, verzögerte Lieferungen, bürokratische Vorschriften, kurzsichtige Personalpolitik, willkürliche Risikoverteilung, alles das können Auslöser für das Gefühl sein, hier werde die Grenze dessen überschritten, was recht und billig ist. (Siehe etwa Bericht BG Vollmer, FAZ 17.9. sowie 23.9.2009) Das gilt auch für eine Politik, die für die lebensbedrohlichen Folgen ihrer eigenen Einsatzmandate nicht einsteht. Unter den Einsatzsoldaten kann das den Eindruck provozieren, mit der ganzen Person für „halbe Sachen“ haften zu sollen. Und die Gesellschaft? „Wir sollten uns darum kümmern“, schreibt der amerikanische Psychiater Jonathan Shay (Achill in Vietnam, 1998), „wie Soldaten ausgebildet, ausgerüstet, geführt und nach der Rückkehr aus dem Krieg in der Heimat empfangen werden.“ Verweigern wir dies, fährt er fort, „tragen wir mit dazu bei, Vertrauen zu zerstören. Wir fördern die Zerstörung der Fähigkeit zu vertrauen und verhindern, damit, dass Soldaten wieder zu vollwertigen Staatsbürgern werden können.“ Wir mögen, schließt Shay diesen Gedanken, mit dem auch ich hier schließen möchte, wir mögen „den Krieg hassen“, aber wir sollten „den Soldaten ehren.“<sup>6</sup>

### **Aussprache zum Vortrag I:**

- das Dreieck (Gesellschaft, Militär, Politik) ist kein starres Gebilde und kann durch andere Größen (z.B. Informationspolitik) erweitert werden
- den zuständigen Ressortpolitikern wird eine „Salamitaktik“ attestiert; Informationspolitik müsste verstärkt auf Überzeugung und Begründung setzen; mit der Bevölkerung wird zu „schonend“ umgegangen
- Verantwortliches Handeln in der Öffentlichkeit; kein Zurück zum alten Preußen; Sicherheitspolitik ist heute ein Prozess, in dem alle beteiligten Akteure Wort und Stimme haben müssen
- Überschreiten des bloß Instrumentalen: das Militär ist kein Instrument, sondern ein Mittel/Auftragnehmer und handelt unter Beachtung der Inneren Führung.

---

<sup>6</sup> Zum englischen Ritus der öffentliche militärischen Totenklage, die die Hinterbliebenen nicht daran hindert, „auch mit ihrem Zorn, Kummer oder Hader öffentliches Gehör zu suchen – und zu finden“, vgl. J. Leithäuser, die traurige Mission der Bürger von Wootton Bassett, FAS 19.7.2009.

## 4.

**Vortrag II:****Prof. Dr. Günther Schmid**

Fachhochschule des Bundes

Fachbereich Internationale Politik

(stichwortartige Zusammenfassung)



Thema: Globale und regionale sicherheitspolitische Risiken und Herausforderungen für die Bundeswehr im 21. Jahrhundert

Politische Themen werden in Deutschland ereignis-, konflikt- und personenbezogen diskutiert. Strukturelle, länger angelegte Themen werden außer Acht gelassen. Die Sicherheitspolitik wird nicht als Prozess verstanden.

Strategische Zukunftsszenarien sind in den USA gang und gäbe; in Deutschland sind sie terra incognita.

Sicherheitspolitische Diskussionen beschränken sich ausschließlich auf ökonomische und fiskal-politische Folgen der Wirtschaftskrise; über politisch-strategische Folgen wird geschwiegen.

Die Außenpolitik ist ein Nischenprodukt im Deutschen Parlament.

Die äußeren Bedingungen für Freiheit und Wohlstand sind immer noch nicht ausreichend bewusst gemacht worden.

Die Außen- und Sicherheitspolitik wird in öffentlichen Debatten lückenlos ausgeblendet.

Deutschland versteht sich als Insel interessenloser Friedfertigkeit.

Deutschland als militärfreie Zone.

Ist unsere Politik durch die Geschwindigkeit und Reichweite des Wandels überfordert?

Zwei Begriffe der internationalen Politik heute:

- Entterritorialisierung von Problemen
- Entstaatlichung von Sicherheitsrisiken.

Die USA beschreiben die Sicherheit als „Menschliche Sicherheit“ (Human Security).

Deutsches Umfeld in Bezug auf die internationale Sicherheitspolitik:

- eine klare Präferenz für ideelle normative Ziele, humanitäre Motive und zivile Mittel. Deutschland als Zivilmacht.
- Keine Präferenz für machtpolitisch geprägte Prioritäten.
- Kaum emotionale Bindungen zur Bundeswehr.

Gleichzeitigkeit und Überlagerung von Integration und Zerfall; von Globalisierung und Fragmentierung.

Tendenz zur Verlangsamung/Entschleunigung von Globalisierung (z.B.: Unternehmen produzieren näher am Abnehmer).

Auflösung geografisch definierbarer Konfliktformationen: statt Ost-West oder Nord-Süd gibt es heute ethno-soziale und ethno-politische Konflikte.

Wachsende innen- und außenpolitische Symmetrie zwischen dem Aufwand zum Erhalt von Ordnungsstrukturen und dem Aufwand zu deren Destabilisierung und Zerstörung.

Systematische Erosion der Autorität und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit internationaler Organisationen.

„club governments“ als die neue Strategie in den USA.

Risiken der Zukunft:

1. kurzfristig (5-10 Jahre)

- transnationaler Terrorismus
- steigendes Proliferationsrisiko
- Staatszerfall / fragile Staatlichkeit als gewaltoffene Räume für illegale Aktivitäten
- Klimawandel: Wasserknappheit, sinkende Ernteerträge, Steigung des Meeresspiegels
- Piraterie

2. mittelfristig (ab 10 Jahre)

- Kampf um Rohstoffe
- Aufstieg von Schwellenländern (z.B. China, Indien)
- demografische Verschiebungen (z.B. Jugendüberschuss in islamischen Staaten)
- rapide Zunahme von Religionen
- Anstieg der Bevölkerungszahlen

**Aussprache zum Vortrag II:**

- Mangel an einer flächendeckenden einvernehmlichen Diagnose
- stärkere Öffnung der VN: Erweiterung des Sicherheitsrats; Paketlösungen
- die Zeit der nationalen Staatenbündnisse (z.B. NATO) geht zu Ende
- Minilateralismus: Domestizierung von regionalen Problemen; stärkere Einbeziehung von Anrainerstaaten

## 5. Panel:



### Zusammensetzung: (v.r.)

**Ernst-Reinhard Beck**, MdB, Mitglied Verteidigungsausschuss, CDU

**Elke Hoff**, MdB, Mitglied Verteidigungsausschuss, FDP

**Winfried Nachtwei**, MdB, Mitglied Verteidigungsausschuss, Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Paul Schäfer**, MdB, Mitglied Verteidigungsausschuss, DIE LINKE

Moderation: **Rolf Clement**, Deutschlandfunk, Mitglied der Chefredaktion und Korrespondent für Sicherheitspolitik

### **Was muss gegeben sein, damit diese Gesellschaft Soldaten ins Risiko schickt?**

- Auslandseinsätze sind akzeptabel
- noch nie stand die Bundeswehr so stark im Zentrum öffentlichen Interesses wie heute
- gestiegene Wahrnehmung der Gefährdung und der Sicherheitslage in Deutschland
- militärischer Einsatz im Rahmen der VN ist zwingend notwendig; Auftrag: Kriegsverhütung und –eindämmung
- Einsätze müssen verantwortbar und leistbar sein.
- Wirksamkeit von Einsätzen gehört entscheidend zur deren Sinnhaftigkeit.
- P. Schäfer: Notwehr und Nothilfe berechtigen einen Einsatz; politische Konzeption notwendig; adäquate Lösungen anbieten; Einsatz in Afghanistan ist nicht friedenserhaltend.

### **Gibt es Interessen, die mit militärischen Mitteln durchzusetzen sind?**

- Durchsetzung politischer Ziele unter Einsatz von Gewalt als wesentliche Rolle des Militärs

- Beispiel deutscher Interessen: durch Piratenbekämpfung sichert Deutschland als Welthandelsnation seine Handelwege; „wir können auf Dauer nicht erwarten, dass andere es für uns tun“ (E.-R. Beck)
- Bundeswehr als Teil der Außenpolitik: Bundeswehr-Einsätze sind nur im nationalen Interesse vertretbar, legitim und begründbar (E.-R. Beck).
- Heranwachsen der Gesellschaft zum Einsatz von Militär
- Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist Rechnung zu tragen.
- Regierung trifft Entscheidungen, die nicht immer allen gefallen.
- Nicht Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, sondern kollektive internationale Sicherheitsinteressen
- Die heutige Tendenz, militärische Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen einzusetzen ist falsch (W. Nachtwei).
- Voraussetzungen für Militäreinsätze: „Landes- und Bündnisverteidigung“ und „bei Gefährdung des internationalen Weltfriedens“
- P. Schäfer: Ja zum Einsatz in Ruanda (Durchsetzung des Völkerrechts bei Verletzung der Menschenrechte), Nein zu Afghanistan. Kein Einsatz von Militär bei Ressourcenverteilung. Kein Export von Demokratie und Freiheit gestützt auf Streitkräfte.

#### **Wie lassen sich die Grundsätze für Militäreinsätze definieren?**

- Brauchen wir in Deutschland einen nationalen Sicherheitsrat?
- Mandatierung von Auslandseinsätzen ressortübergreifend formulieren
- stärkere Verankerung von Auslandseinsätzen im Kanzleramt als Chefsache
- neue Auswertung von Auslandseinsätzen erforderlich
- Weißbuch 2006 wurde nicht richtig wahrgenommen („Schädel-Fotos“)
- Soldaten gehen in den Einsatz im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland; federführend ist der Auswärtige Ausschuss
- durch Aufwertung des Zivilen nimmt man das Besondere des Militärischen weg; qualitative Differenz zwischen Entsendung von Entwicklungshelfern und Soldaten wird verwischt
- Ist der Aufbau einer ganzen Gesellschaft (z.B. Afghanistan) überhaupt möglich?

#### **Eiertanz (sic!) um den Begriff „Krieg“**

- P. Schäfer: „in meinen Augen ist es ein Krieg“, da reguläre Armeen bewaffneten Aufständischen gegenüberstehen
- völker- und verfassungsrechtlich ist es kein Krieg (Beck)
- gesetzgeberische Lücken in Bezug auf den Begriff „Krieg“ schließen (Grundgesetz kennt nur den Frieden und Verteidigungsfall); derzeit keine verfassungsrechtliche Vorsorge für VN-Einsätze; Präzisierung des Grundgesetzes nötig. Aber: Semantik ändert nichts an der Realität der Soldaten vor Ort.
- ISAF-Auftrag: Stabilisierungsauftrag mit Kampfeinsatz zur Aufstandsbekämpfung (Nachtwei)
- keine Tabuisierung des Krieges mehr; den Bürgern mehr Wahrheit zumuten
- mehr Rechtssicherheit / Rechtsgrundlage für Soldaten schaffen

#### **NATO-Osterweiterung: Russland im Zangengriff**

- die Linke: NATO ist nicht das letzte Wort; anzustreben ist ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, das Russland einschließt; Osterweiterung (Ukraine, Georgien) reißt neue Gräben gegenüber Russland auf
- neuester EU-Bericht zum Georgienkonflikt: Osterweiterung derzeit kein Thema
- Kanzlerin: keine Länder in die NATO aufnehmen, deren Bevölkerung nicht hinter dem Konzept steht oder wo es ungelöste Grenzprobleme gibt

**Mandatsverlängerung:**

- es war falsch, Afghanistan aus dem Wahlkampf herauszuhalten (Schäfer, Nachtwei)
- Thema oft mit Populismus und Demagogie durchsetzt

**Könnten Einsätze mit einer militärischen Komponente leichter akzeptiert werden, wenn anstelle der NATO die EU den Handlungsrahmen stellen würde?**

- bei geografisch näher liegenden Konflikten könnte die Zustimmung leichter erfolgen
- Definition von nationalen Interessen in Deutschland und Europa nötig (Beispiel Raketenabwehr)
- keine gemeinsame Wahrnehmung von Bedrohungsszenarien in der EU
- Emanzipation Europas wird gewünscht
- EU hat vergleichsweise die beste Voraussetzung für ein umfassend angelegtes Krisenmanagement, einschließlich militärische Auslandseinsätze (Nachtwei)
- Einsätze der EU unterscheiden sich in der Akzeptanz nicht von denen der NATO; Kongo-Einsatz war ebenso heftig umstritten; entscheidend ist die UNO als Legitimierer der Einsätze

General Bach regt eine gemeinsame Bestandsaufnahme der Zivil-militärischen Zusammenarbeit und eine deutlichere Formulierung einer gemeinsamen Ziel- und Interessenlage an: Je klarer die Zielsetzung eines Einsatzes desto einfacher dessen Begründung und Legitimität.

Die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands schlägt eine Enquetekommission zur Sicherheitspolitik Deutschlands vor.

Bei der Neuerarbeitung des strategischen Konzepts der NATO wird eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit gefordert.

Das „Wofür“ der Militäreinsätze wird nicht genügend in die Gesellschaft transportiert. Verteidigungspolitische Richtlinien, Weißbuch, Konzepte der Bundeswehr stellen nicht die Brücke in die Gesellschaft hinein. Keine Rede von einer Wertegesellschaft. Im Wahlkampf haben Werte keine Rolle gespielt. Keine Rede von Soldaten, die diese Werte verteidigen.

**Schlussbeiträge**

- Anlässe für eine sicherheitspolitische Grundsatzdiskussion: die NATO - Sicherheitsstrategie und die künftige neue Regierungserklärung
- Ein Afghanistan-Konzept der Bundesregierung liegt bereits vor, ist aber nicht in den Köpfen vorhanden; der vernetzte Ansatz muss in der Realität noch implementiert werden.
- Der besondere Einsatz von Soldaten darf nicht gleichrangig in ein Paket mit Entwicklungshilfe geworfen werden; das spezifisch Militärische muss deutlich werden.
- vernetzte Sicherheit als Ansatz auf vielen Ebenen; deutlich bessere Zusammenarbeit zwischen Ministerien gefordert
- diplomatisches Engagement des Auswärtigen Amtes in Kabuler Botschaft „sträflich unterbesetzt“



- Rückkoppelung auf das Wertesystem notwendig; der eigentliche Auftrag des Staates/der Streitkräfte ist Art. 1 Grundgesetz: Achtung und Schutz der Menschenwürde
- Soldaten stehen für unsere Menschenrechte, für Sicherheit und Freiheit
- Der fundamentalistische Terror hat unserer Art zu leben einen Krieg angesagt.
- gleichwertige Behandlung aller Komponenten; Berücksichtigung von Interessen anderer Akteure; Akzeptanz von anderen Wertesystemen
- politische Krise der Auslandseinsätze in Bezug auf Wirksamkeit und Akzeptanz (in Gesellschaft und bei Soldaten).

## 6. Schlussworte durch Generalmajor a.D. Hans-Christian Beck

In Vorträgen und Aussprache wie auch im Panel mit unseren Abgeordneten kamen wir immer wieder auf die drei Seiten **Clausewitz** zurück: Politik, Gesellschaft, Streitkräfte.

### Politik

In der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom 08.09.2009 ist u.a. angesprochen:

- Vorschlag an den UN-Generalsekretär, eine Afghanistan-Konferenz noch 2009 einzuberufen (Stand, Perspektiven der zukünftigen Afghanistan-Politik).
- Entwicklung einer international abgestimmten „Übergabestrategie in Verantwortung“.
- Erzielen substantieller Fortschritte innerhalb der nächsten „fünf Jahre“ und schrittweiser Abzug der internationalen Truppe.

Es geht also nicht mehr um das „Ob“ eines Abzuges, sondern um das „Wie“ und das „Wann“; die künftige Regierungskoalition steht somit in der Pflicht, und man wird sie am Erfolg messen!

In der Diskussion kamen folgende Forderungen zum Ausdruck:

- Beschließung ressortübergreifender Mandatierungen mit eindeutigen Zielen, Zwecken und Aufgabenverteilungen ( Polizei, Streitkräfte, Innere Sicherheit, Entwicklung, Gesundheitswesen, Aufbau etc.);
- Nutzen außen- und sicherheitspolitischer Debatten (Weizsäcker-Kommission, Weißbuch, Verteidigungspolitische Richtlinien, Strategiewechsel, Bestandsaufnahmen etc.);
- Überprüfung der Zweckmäßigkeit politischer und militärischer Strukturen (Bundesrat, Kanzleramt/ Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte – alle müssen alles können!);
- eindeutiges Verständnis über den Primärzweck einer Armee; der Soldat ist in erster Linie „Kämpfer“, wenn die Sicherheitslage es ermöglicht, muss er auch zum „Schützen, Retten, Helfen“ in der Lage sein;
- der Sinn des Einsatzes darf nicht von Politikern im Nachhinein in Frage gestellt werden, die dem Mandat zugestimmt haben – vor allem dann wenn sich Verluste einstellen.

## Gesellschaft

Wie können wir ein „wohllingendes Desinteresse“ in ein „beteiligtes Interesse“ der Gesellschaft umwandeln?

- Gesellschaftsschelte führt zu nichts; die Gesellschaft ist wie sie ist;
- auch ständige Aufrufe, Forderungen an die Gesellschaft (die Gesellschaft müsste, sollte ...) bewirken nichts;
- die Gesellschaft kann mehr ertragen als wir glauben (Beispiele: Ertragen von Lasten, selbstlose Hilfe bei Hochwasserkatastrophen, enorme Spendenbereitschaft, Engagement gegen Rechtsradikale, Wiedervereinigung: „Wir sind das Volk“);
- die Menschen honorieren geradlinige, vertrauenswürdige Persönlichkeiten;
- die sicherheitspolitischen Debatten gehören ins Parlament und in die Öffentlichkeit, nicht in die „Talk-Shows“!
- die Ziele der Außen- und Sicherheitspolitik, die vitalen deutschen Interessen müssen erklärt und einsichtig gemacht werden.

Wie nehmen wir die Gesellschaft mit?

- Wertediskussion, Besinnung auf unsere europäischen, abendländischen Werte/Tugenden (geistig-religiöses europäisches Erbe, unsere freie Lebensordnung, unser Land sollte uns etwas wert sein);
- Werte vorleben – durch Vorbild, beispielhaftes Verhalten und pflichtbewusstes Handeln;
- Bildung, Erziehung, Kultur;

dazu gehört Courage und Mut nach dem Motto:“ Wer nicht vom Weg abkommt, bleibt auf der Strecke!“

## Streitkräfte

„Die Soldatinnen und Soldaten erwarten von ihren militärischen Führern auch Klartext nach „oben“ und „außen“; hin zu den außen- und verteidigungspolitischen Verantwortlichen, hin zur Öffentlichkeit“ und weiter formulierte der Bundespräsident Köhler in seiner Rede am 14.09.2007 zum 50-jährigen Bestehen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg: „Ich wünsche mir darum, dass auch die hohen Offiziere der Bundeswehr noch stärker darauf hinwirken, die nötige außen- und sicherheitspolitische Debatte in Gang zu bringen“.

Aber:

- Wie weit dürfen sich Kommandeure zu politischen Fragen äußern, die eng mit der Erfüllung des Auftrages verknüpft sind?
- Wie viel Kritik verträgt die Politik vom Soldaten?
- Inwieweit ist sich die militärische Hierarchie selbst im Wege?
- Wir bekennen uns immer wieder in Sonntagsreden zum „Staatsbürger in Uniform“ – dem politisch denkenden Soldaten, nicht dem politisierenden, der bei guter Bildung und hervorragender Ausbildung auch der bessere Soldat ist, weil er der gegen Machtmissbrauch gefestigt ist, seinen Auftrag versteht und sein Handeln danach ausrichtet.
- Aber wollen wir wirklich den kritischen Soldaten?

Einladung zum 4. Kolloquium am **30. September 2010**  
beim Zentrum Innere Führung in Koblenz